

"Bürger Europas!"

Europäischer Kongress über Bürgerschaft und kommunale Partnerschaft

Rybnik, 29. September – 1. Oktober 2011

Schlusserklärung

Im Jahre 1951 gründeten gewählte Kommunalvertreter, Bürgermeister und Gemeinderäte aus sechs europäischen Ländern den Rat der Gemeinden Europas mit dem Ziel, eine Union der europäischen Völker auf der Grundlage autonomer Kommunen zu schaffen, die sich der Förderung des Friedens, der Harmonie und des Wohlstandes in Europa durch die engere Zusammenführung der Bürger aller Länder widmen sollte. Diese Bewegung führte zu einem spektakulären Ausbau der Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden in Europa – heute sind es 40.000 an der Zahl –, einer Entwicklung, die jeden Schritt im Vereinigungsprozess Europas begleitet hat. Dies hat ganz grundlegend zu der Versöhnung zwischen früheren Feinden, insbesondere Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, und zu der Wiedervereinigung Europas nach dem Fall der Berliner Mauer beigetragen. Diese Partnerschaftsbewegung ist auch weiterhin der beste Weg, Europäer zusammenzubringen und das Gefühl einer europäischen Staatsbürgerschaft zu befördern.

Im Jahr 2011 sind wir mit den Herausforderungen durch die Finanz-, Wirtschafts-, Politik- und Gesellschaftskrise konfrontiert. Wachsender Nationalismus in Europa ist keine Antwort und auch keine Lösung. Europa scheint einmal mehr die einzige mögliche Erwiderung zu sein, und zwar durch die notwendige Weiterentwicklung der Europäischen Union hin zu größerer politischer und wirtschaftlicher Integration und Solidarität. Werden wir in der Lage sein, wie die Gründer der Europäischen Union die gegenwärtige Krise als Gelegenheit zu nutzen, um Europas Schritte in Richtung größerer Solidarität zu lenken, oder werden wir das Projekt Europa verkümmern lassen? Die Bürgerinnen und Bürger spielen eine entscheidende Rolle in dieser Diskussion. Welche Antworten kann die Europäische Union auf ihre Zweifel und Erwartungen finden? Wie bringen wir die Bürger zurück in die Mitte des Projekts Europa?

Wir, Frauen und Männer in kommunaler Verantwortung und engagierte Handlungsträger in der kommunalen Partnerschaftsbewegung, versammeln uns in Rybnik vom 29. September bis 1. Oktober 2011, während der polnischen Präsidentschaft der Europäischen Union, und:

- bekräftigen unser Engagement für das Projekt Europa und unterstreichen den Fortschritt beim Aufbau Europas und stellen mit Befriedigung fest, dass die Europäische Union seit ihrer Gründung das Leben der Bürgerinnen und Bürger Europas grundlegend beeinflusst. Dennoch erinnern wir daran, dass trotz der Erfolge, die die EU in zahlreichen Bereichen verzeichnet, immer noch viel zu tun

bleibt, insbesondere mit Blick auf politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Themen;

- fordern eine vereinigte Europäische Union, die politisch geeint und in der Lage ist, den heutigen gesellschaftlichen Herausforderungen, unter anderem sozialer Zusammenhalt, Jugendbeschäftigung, demographischer Wandel, Klimawandel, Energieversorgung, zu begegnen. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, fordern wir ein neues Regierungsmodell in Europa: Partnerschaftliches Regieren, das alle Regierungsebenen – kommunale, regionale, nationale wie europäische – wie auch die bürgerliche Gesellschaft, Handlungsträger in der Wirtschaft und die Wissenschaft an einen Tisch bringt;
- bekräftigen, dass Europa angesichts der Vertrauenskrise, die sich unserer Gesellschaften, auch in Bezug auf ihre politische Vertreter, bemächtigt hat, über Instrumente zur Stärkung einer aktiven und partizipativen Bürgerschaft verfügen muss;
- glauben, dass die Europäische Union von morgen kraftvoller sein wird, wenn sie zu den Werten zurückkehrt, auf deren Grundlage sie gegründet wurde, und erinnern daran, dass die Erziehung zur europäischen Bürgerschaft und die Weitergabe von Erinnerung der Kern des Projekts Europa sein müssen;
- fordern ein tolerantes und multikulturelles Europa, das Verschiedenartigkeit respektiert, und fordern die Europäische Union auf, die Strategien und Maßnahmen zu unterstützen, die alle Arten der Diskriminierung bekämpfen, sowie alle integrativen und partizipativen Maßnahmen der europäischen Nichtmitgliedstaaten zu fördern;
- fordern ein Europa des Dialogs und Austauschs mit seinen Nachbarn und bitten die Europäische Union um die Ausweitung ihrer Unterstützung auf Partnerschaften mit Nachbarstaaten im Osten und Süden Europas, um das gegenseitige Bewusstsein und Verständnis der Völker zu fördern;
- bemühen uns um ein vereinigtes und offenes Europa, von dem eine starke Botschaft an den Rest der Welt ausgeht, und erinnern daran, dass Kommunen und Regionen eine wichtige Rolle beim Kampf gegen Armut, für Frieden und Gerechtigkeit und bei dem Aufbau besserer demokratischer Governance in der Welt spielen;
- unterstreichen die Rolle, die kommunale Partnerschaften bei der Stärkung des Dialogs und der Freundschaft zwischen Völkern wie auch bei der Bildung eines

Bewusstseins über andere Kulturen gespielt haben, und fordern die Europäische Union auf, diese Leistung auch weiterhin zu unterstützen;

- indem wir den sechzigsten Jahrestag der Gründung feiern, möchten der RGRE und seine nationalen Verbände daran erinnern, dass die von seinen Gründungsvätern angestoßenen Partnerschaften eine grundlegende Rolle bei der Wiederherstellung des Friedens und Dialogs zwischen den Völkern Europas gespielt haben. Wir betonen die Bedeutung des von der Europäischen Union 1989 gestarteten europäischen Partnerschaftsprogramms, insbesondere mit Blick auf ein erweitertes Europa nach dem Fall der totalitären Regime in Mitteleuropa, und fordern, dass dieses Programm gestärkt wird und die finanziellen Mittel erhält, die zur Förderung eines Europas der Bürgerinnen und Bürger notwendig sind. Diesbezüglich schlagen wir vor, dass das nächste Programm mit einem symbolischen Budget von 1€ pro Bürger Europas, d.h. 495 Millionen Euro, ausgestattet wird;
- verpflichten uns dazu, unseren Austausch zu einem Platz für europäisches Lernen zu machen, für Dialog und offene Geselligkeit zum Wohle aller unserer Bürgerinnen und Bürger, so dass jeder Einzelne, insbesondere die Jugend, sein Wissen und seine Fähigkeiten ausüben oder erweitern können, sei es im Rahmen der Ausbildung oder des Berufs, sei es in der Freizeit;
- begrüßen mit Interesse den Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Akademie für kommunale und regionale Governance, um Wissen weiterzugeben und unsere gewählten Vertreter, Beamten und öffentlichen Angestellten institutionell zu stärken, so dass kommunale und regionale Dienstleistungen verbessert und die demokratische Entwicklung sowie die Bürgerbeteiligung gestärkt werden;
- stellen fest, dass trotz des beträchtlichen Fortschritts, zu dem die Europäische Union beigetragen hat, erhebliche Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der heutigen europäischen Gesellschaft fortbestehen. Nach dem Erfolg der vom RGRE ausgearbeiteten Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene fordern wir die Schaffung einer Überwachungsstelle zur Umsetzung dieser Charta, um ihre tatsächliche Anwendung zu unterstützen und verfolgen;
- sind weiterhin überzeugt, dass der Dialog zwischen den Generationen ein wesentliches Instrument bei der Schaffung einer integrativen Gesellschaft darstellt, die die Bedeutung der Weitergabe von Werten und Wissen beachtet, und hoffen, dass das für 2012 ausgerufenen Europäische Jahr für aktives Altern und intergenerationelle Solidarität dieser Botschaft mehr Gewicht verleihen wird;

- betonen die Leistungsfähigkeit multilateraler Zusammenarbeit unter Einschluss vieler europäischer kommunaler und regionaler Behörden und fordern die Europäische Union auf, die gegenseitige Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zu fördern;
- fordern eine stärkere Anerkennung der Rolle der kommunalen Partnerschaften durch die nationalen Behörden und die Europäische Union aufgrund ihrer Nähe zu den Bürgern und schlagen daher vor, dass der neue Europäische Auswärtige Dienst eine eigene Abteilung einrichtet beziehungsweise, falls dies nicht möglich sein sollte, zumindest einen eigenen Experten für kommunale und regionale Behörden beruft.